

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 19

Ersteinst. Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. ohne Postbefreiung. Zur Postbefreiung Bestellung bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin O. 50, Urbanstr. 63/1. Fernruf: Moritzpl. 66-3

Berlin, den 2. Mai 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile 60 Pfennig; für Werbemittelglieder 60 Pfennig; Stellenangebote 60 Pfennig; Veranlassungsanzeigen usw. 60 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten

36. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 19. Wochenbeitrag für 1920 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

An die Arbeiter der Welt! Auf zur Maidemonstration!

Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 9. April beschlossen, die Arbeiter der ganzen Welt zu einer mächtigen Maidemonstration aufzurufen.

Bereits auf dem letzten Internationalen Gewerkschaftskongress, der im Juli 1919 in Amsterdam abgeschlossen wurde, wurde unter großer Begeisterung beschlossen, eine Aktion zugunsten der

Sozialisierung der Produktionsmittel einzuleiten.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Ländern haben dort u. a. erklärt:

Im Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die organisierten im besonderen geleistet wurde, erklärt der Kongress es für notwendig, die Bestrebungen und die Aktion der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Produktionsmittel zu richten, wobei er von der Erwägung ausgeht, daß die Gewerkschaften die Vorbedingung und Grundlage für die Verwirklichung der Sozialisierung bilden.

Die Bewegung, die sich derzeit unter den Arbeitern aller Länder zeigt, ist ein Beweis dafür, daß dieser Wunsch tief in den Herzen der Masse lebt. Und unser Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß diese Bewegung in der kräftigsten Weise unterstützt werden muß.

Wir rufen Euch darum auf, für diese Forderung am 1. Mai mit aller Kraft einzutreten und für diese Propaganda jene Form zu wählen, die in dem betreffenden Lande gebräuchlich ist oder von der Landeszentrale dafür gewählt wird. In dem einen Land wird durch Versammlungen oder Aufzüge, in dem anderen Land durch Arbeitsruhe für diese Forderung demonstriert werden. Welches Mittel aber auch gewählt werden möge:

Die Sozialisierung der Produktionsmittel muß am 1. Mai als unsere vornehmste Forderung im Vordergrund stehen!

Daneben soll, einem Beschluß des Exekutivkomitees entsprechend, als nächstwichtigste Forderung für den Montag die rasche Durchführung der Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Washington aufgestellt werden.

Auf dieser Konferenz wurden eine Reihe von Beschlüssen zum Schutze des Arbeiterlebens, im Interesse der Kranken, der Arbeitslosen, der Invaliden und zugunsten der Einführung des Achtstundentages gefaßt.

Wir sind der Meinung, daß verschiedene Regierungen mit der Durchführung dieser Beschlüsse allzu lange zögern. Sollten sie gegenüber unseren berechtigten Forderungen kein Entgegenkommen zeigen, so müßten sie durch die organisierte Macht der Arbeiter dazu gezwungen werden.

Wir wollen die ganze organisierte Macht unserer 20 Millionen Arbeiter, vereint im Internationalen Gewerkschaftsbund, aufbieten, um der Not und den Erbitterungen, unter

benen das Proletariat immer noch leidet, so rasch als möglich ein Ende zu machen.

Wir werden nicht dulden, daß mit unseren Interessen ein Spiel getrieben wird!

Wir verlangen, daß unsere Forderungen schleunigst bewilligt werden!

Wir fordern Euch daher auf, nunmehr alle trennenden Gegensätze beiseite zu lassen und am 1. Mai gemeinsam den Kampf zu führen gegen alle Mächte, die die Rechte der Arbeiter antasten und die die materielle Notlage bestehen lassen wollen.

Wir rufen Euch auf zum Kampf für den Frieden, für das Recht und das Wohl der Arbeiterschaft!

Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn alle Arbeiter sich im Kampfe vereinen für diese beiden Forderungen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung stellt:

Sozialisierung der Produktionsmittel!

Durchführung der Beschlüsse von Washington!

Unsere Lösung muß sein:

Kampf und Disziplin!

Kampf für unsere Rechte!

Gegen die Reaktion!

Es lebe die Internationale der Arbeit!

- B. A. Appeton, England, Vorsitzender.
A. Jouhaux, Frankreich, 1. Vizevorsitzender.
E. Mertens, Belgien, 2. Vizevorsitzender.
C. Legien, Deutschland.
G. Dumoulin, Frankreich.
R. Dürr, Schweiz.
O. Lian, Norwegen.
A. Tcherke, Tschecho-Slowakei.
J. B. Williams, England.
Ed. J. J. J. Dubegeest, Holland.
Sekretäre.

Unsere Reichstarife.

I.

Die zwei Wochen vom 7. bis zum 18. April stellen in der Geschichte der Lohnpolitik unseres Verbandes einen entscheidenden Wendepunkt dar. Durch die beiden in diesen Tagen zum Abschluß gebrachten Reichstarife sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen fast für unsere gesamte Kollegenschaft nach einheitlichen Grundätzen geregelt worden. Damit ist ein Ziel erreicht, nach dem unser Streben schon seit Jahren ging und das von allen Erwerbstätigen als Voraussetzung der Gesundung der Berufsverhältnisse anerkannt ist. Das soll und kann aber nicht heißen, daß mit den vollzogenen Abschlüssen nun auch volle Befriedigung bei allen unseren Mitgliedern ausgelöst wird. Von diesem Ziel sind wir — und davon ist jeder am Abschluß Mitwirkende voll überzeugt — noch sehr weit entfernt, und Kollege Sauerstein traf ohne Frage das Richtige, als er in der Schlussfassung den Unternehmern klarmachte, daß die Arbeiterschaft solange mit Lohnforderungen kommen würde, bis nicht nur die so entscheidend weit zurückgebliebenen Löhne in gerechtem Verhältnis zu den Warenpreisen stünden, sondern bis auch die eingetretene wirtschaftliche Zerrüttung des Arbeiterhaushalts behoben sei. Ein Rückgang der Warenpreise wird nicht auch einen Rückgang der Löhne nach sich ziehen können, wenigstens solange nicht, bis der Arbeiterhaushalt einigermaßen wieder gesundet ist.

Trotz dieser notwendigen Einschränkung aber

begrüßen wir die Abschlüsse, weil mit ihnen die Anarchie auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegenschaft beseitigt und für die Folgezeit einheitliche und für alle geltende Richtlinien geschaffen sind, die bei ihrer strikten Durchführung bewirken werden, daß die Spannungen in der Entlohnung unserer Kollegenschaft nicht mehr so endlos weit ausladen können, als dies bisher der Fall war. Mit der Anerkennung dieses Grundsatzes ist zugleich das we fernsichtige Merkmal der beiden Reichstarife zum Ausdruck gebracht: Die Zusammenfassung der Entlohnung und die Festlegung der Spannung muß für den diesmaligen Abschluß zur Folge haben, daß die Orte mit sonst annehmbarer Entlohnung ihre Wünsche etwas stärker eindämmen mußten, damit die zurückgebliebenen Orte nachgeholt werden konnten. Für die künftigen Erneuerungen der kurzfristigen Lohnabkommen ist das natürlich nicht mehr notwendig. So unangenehm und bitter das für die davon Betroffenen auch sein mag: Im Interesse der Kollegenschaft in den rückständigen Gegenden und damit auch im Interesse des ganzen Berufes ist von der Einsicht vor allem der großstädtischen Kollegenschaft wohl zu erwarten, daß sie dieses Moment bei der Bewertung unserer Abschlüsse nicht ganz außer Ansatz läßt. Die Zusammenfassung so großer Massen, wie es diesmal geschehen ist, die zum guten Teile seither ohne geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer täglichen Arbeit nachgingen oder auf diese nicht sonderlich viel Einfluß ausüben konnten, kann nicht ohne Härten und Ungerechtigkeiten möglich sein. Das wird jedem klar sein, der sich schon einmal mit dieser Materie beschäftigt hat. Von welcher Bedeutung für unseren Beruf die beiden Reichstarife sind, mag die Tatsache zeigen, daß von Unternehmerseite angenommen wird, daß der für die Buchbinderei- und Vertriebsbetriebe für rund hunderttausend Personen Arbeitskraft haben soll und der für die Eis- und Startomagenbetriebe für weitere fünfzig bis sechzigtausend. Diese Zahlen erscheinen uns zwar etwas reichlich stark nach oben abgerundet zu sein, doch glauben auch wir, daß von beiden Tarifen zirka hundertfünfzigtausend Personen erfasst werden.

Es ist für uns publizistische Pflicht, auch an dieser Stelle auf die gewaltige Arbeitsleistung der am Abschluß der Verträge Mitwirkenden hinzuweisen. Die mit der denkbar größten Intensität geführten Verhandlungen lebten sich natürlich an den Achtstundentag nicht. Nicht selten wurde bis 11 und 12 Uhr abends verhandelt, einmal bis 1/2 12 Uhr nachts und andern Tages gar bis früh 1/2 6 Uhr. Auf allen Seiten war eben das Bestreben bemerkbar, das begonnene Werk zu Ende zu führen. Der Verbrauch an Nervenkraft wird dabei nicht gewogen, und wenn der Nichtbeteiligte dann das fertige Werk vor sich sieht, wird er kaum ahnen, welche Mühen es kostete, um soweit zu kommen, daß er unter Umständen die Schale seines Hornes darüber ausgießen kann. Zu vielfältig sind die Interessen, die bei solchen Verhandlungen aufeinanderstoßen, um so mehr, wenn es wie in Eisenach und Weimar geschehen, Unternehmern an ihnen beteiligt sind, denen die dabei zu beachtenden Gepflogenheiten neu sind. Das muß der ehrliche Chronist zugeben, daß die Unternehmer in überraschend großer Zahl an dem Verhandlungen beteiligt waren und daß viele von ihnen bis zuletzt mit ausblieben, obwohl sie keiner der gebildeten streng arbeitenden Kommissionen angehörten. Bei den meisten von ihnen mag es die Begierde gewesen

sein, möglichst aus erster Hand zu erfahren, welche Wirkung die Abschlüsse auf den eigenen Betrieb haben, eine Sache, die verständlich ist. Auch von vielen der Kommissionsmitglieder konnte die Beobachtung gemacht werden, daß ihr Verhalten sehr stark pro domo eingestellt war. Auch das ist begründlich, denn bei aller Gutmütigkeit der Unternehmer gegenüber unseren so sehr viel weitergehenden Forderungen spielten Konkurrenzgrüden immer eine große Rolle. Menschen sind es alle, ausgestattet mit einer mehr oder weniger großen Portion Egoismus. Trotz allem aber kann festgehalten werden, daß sich die Verhandlungen fast durchgängig in Bahnen bewegten, die auch dem Gegner gerecht wurden und selbst in den kritischsten Momenten nicht außer Acht ließen, daß auch auf der Gegenseite Männer saßen, vor denen man Achtung haben muß. Wenn das besonders erwähnt wird, dann deshalb, weil uns unter dem so eben ausgedrückt erschienenen Unternehmern eine Anzahl begegneten, die es in der Vorkriegszeit — und wohl auch bis in die neuere Zeit hinein — nicht über sich bringen konnten, sich mit den Vertretern der Arbeiterschaft an einen Verhandlungstisch zu setzen. Das öffentliche politische Leben der Gegenwart hat da ganz unmerkbar einen nicht zu unterschätzenden erzieherischen Einfluß ausgeübt. So wie hat es diesen allerdings noch nicht auswirken lassen können, daß den Forderungen der Arbeiterschaft ein größeres Entgegenkommen als geschehen gewollt wurde.

Die Verhandlungen selbst vollzogen sich meistens in Kommissionsitzungen, Vollerwerbungen wurden nur angefaßt, wenn die einzelnen Kommissionen sich über eine Frage nicht einigen konnten oder wenn die Kommissionen Bericht zu erstatten das Bedürfnis hatten. Die Eis- und Kartonagenfabrikanten haben in Eisenach, unseren Verhandlungen vorhergehend, ihre Generalversammlungen. Daraus resultiert ihre starke Teilnahme an der Eröffnungsitzung, der wohl 60 bis 70 Unternehmer beizuhören. Beide Gruppen, die Eis- und Kartonagenfabrikanten hatten auf ihrer Tagung je eine Kommission bestimmt, die dann zusammen mit unserem Tarifauschuß und den Vertretern des Verbandsvorstandes die eigentlichen Arbeiten erledigten. Am letzten Verhandlungstag wurden zwei Unterkommissionen eingesetzt, von denen die eine dem fertigen Vertrag eine verständliche redaktionelle Fassung gab und die andere die unanbathbare Aufgabe hatte, die Ortsklasseneinteilung vorzunehmen. Inzwischen suchten unsere Tarifauschußmitglieder mit den Unternehmervertretern ihres Bezirks in Fühlung zu kommen, um vorbereitende Arbeit für die Ortsklassenkommission zu leisten. Der weitaus größte Teil der Orte wurde so in freier Vereinbarung eingereiht. Die Vertreter erschienen dann vor der Kommission und gaben ihre Vereinbarungen zu Protokoll, so daß die Kommission nur noch über die strittigen Orte zu verhandeln hatte, wobei sich manche tragische Szene abspielte. Auf diesen letzten Punkt der Verhandlungen, der in der Nacht vom 13. zum 14. April erledigt wurde, konzentrierte sich zum einmal alles Interesse, vor allem der Unternehmenseite. Denn hier entschied es sich ja letzten Endes erst, welche Löhne für den einzelnen Ort in der nächsten Zeit Rechtskraft haben sollten. Maßgebend für die Zuteilung waren die Höhe der bisher gezahlten Löhne, die allgemeine Lohnlage am Ort und die Bedeutung des Ortes für unseren Beruf. Wir sind uns bewußt, daß das so geschaffene Ortsklassenverzeichnis nicht den Stein der Weisen darstellt, der alle Wünsche befriedigt. Aber das Verzeichnis besteht auch nicht bis in alle Ewigkeit, und so mit durchschlagenden Gründen belegte Anträge vorliegen, da wird es auch abgeändert werden.

Der unerwünschten Arbeit der Ortsklassenkommission ist es zu danken, daß bis auf 4 oder 5 Orte eine Einigkeit zu erzielen war. Lediglich die Vertreter der Unternehmer von Laßpe machten besondere Schwierigkeiten, so daß eine Einigung nicht möglich war. Diese vorübergehende Nichtvereinbarung Laßpes zeigte eine lächerliche Wirkung auf einige Konkurrenzorte, so daß sich diese Nichtvereinbarung auch auf diese übertrug. Nachträglich sind auch diese Differenzpunkte beseitigt, so daß lediglich über den Platz Laßpe noch nicht endgültig entschieden ist.

Eine um eine Kleinigkeit andere Arbeitsleistung machte sich bei den Verhandlungen mit den verschiedenen Arbeitgebergruppen der Buchbinder- und Geschäftsbuchbranche in Weimar notwendig. Auch hier

waren die Unternehmer in außerordentlich großer Zahl erschienen, ein Beweis von dem großen Interesse, das diese an den Verhandlungen hatten. Es mögen nach unserer Schätzung an 100 oder noch mehr Unternehmer aus allen Teilen des Reichs amwesend gewesen sein. Sechs große Arbeitgebergruppen stellten sich zu den Verhandlungen: 1. der Verband deutscher Buchbinderbesitzer, 2. der Reichsverband der Buchbinderereien, 3. der deutsche Buchdruckerverein, 4. der Bund deutscher Buchbinder-Zunünfte, ferner der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitender Industriellen mit den Gruppen, 5. Geschäftsbücher und 6. Briefumschlag. Die Bereitwilligkeit dieser sechs Arbeitgebergruppen zum Abschluß Besch von Anfang an erlernen, daß es diesmal — im Gegensatz zum Abschluß des ersten Reichstarifs im Januar — gelingen werde, nahezu sämtliche mit Buchbinderarbeiten beschäftigte Kollegen und Kollegen reichsweit zu erfassen. Unter im Januar abgeschlossener Reichstarif, der diese Bezeichnung kaum verdient, sah als Kontrahenten nur den Verband deutscher Buchbinderbesitzer. Aus dessen Mitgliederkreis war nach dem Abschluß ein Teil abgesprungen, der sich im Reichsverband der Buchbinderereien mit diesen anderen seiner Vereinigung angehörender Unternehmern wieder zusammenschloß. Der große Vorteil für die Reichsvereinsseite des jetzt abgeschlossenen Reichstarifs liegt in der unterchristlichen Anerkennung durch alle sechs der bezeichneten Arbeitgebergruppen, wobei aber ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht sei, daß die Vertreter des deutschen Buchdruckervereins ihre Unterschrift nur mit dem Vorbehalt gaben, daß ihr Gesamtverband diesem zustimme. Diese Zustimmung steht bis zur Stunde zwar noch aus, nachdem aber die Vertreter des Buchdruckervereins in intensiver Weise am Zustandekommen des Reichstarifs mitgewirkt haben, ist wohl zu erwarten, daß auch der Gesamtverband dieser Unternehmergruppe baldigst sein Siegel unter den Vertrag setzen wird. Herr Adler-Sannover gab als Mitglied des Hauptverbandes des Deutschen Buchdruckervereins eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Als beauftragter Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins kam und werde ich den Buchbinder-Reichstarif nur unter Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung des deutschen Buchdruckervereins, welche für den 6.—8. Mai d. J. angesetzt ist, unterzeichnen. . . .“

Für unsere in Buchbinderereien beschäftigten Mitglieder ist die Situation nach dieser Erklärung so, daß bis zur endgültigen Anerkennung durch den Deutschen Buchdruckerverein von Fall zu Fall eine Regelung zu treffen ist, die auch eine Bestimmung enthalten soll, daß sich eventuell ergebende Differenzbeträge nachgezahlt werden.

Die Beratung des Vertrages für die Buchbinderereien usw. in Weimar spickten sich noch mehr als jene in Eisenach in eingesetzten Kommissionen ab. Die Verhandlungen wurden am 16. April mit dem Vorschlag der Unternehmer eingeleitet, sofort drei Kommissionen einzusetzen, von denen die erste den Mantelstarif, die zweite das Lohnabkommen und die dritte die Ortsklasseneinteilung beraten sollte. Die Gesamtversammlung sollte dann die Berichte der Kommissionen entgegennehmen und ihre Zustimmung zu den getroffenen Abmachungen geben. Auch hier machten sich die Kommissionen mit größtem Eifer an ihre Aufgabe, so daß am Sonntag, den 18. April, abends 12 Uhr, der Schlußstrich unter den Vertrag gezogen werden konnte.

Was jetzt geschaffen ist, sind zwei Reichstarife, die Hand und Fuß haben, das soll heißen, die auch in die Praxis umgesetzt werden sollen und müssen. Die Anerkennung durch die offiziellen Arbeitgebergruppen gibt ihnen ein gewisses zwingendes Recht, und an unseren Mitgliedern liegt es nun, unter allen Umständen dieses Recht zu behaupten. Der Teil der beiden Tarife, der unseren Mitgliedern materielle Vorteile in mehr oder weniger ausgesprochenen Formen bringen soll, haben wir in unserer letzten Nummer veröffentlicht, dergleichen auch das Ortsklassenverzeichnis für die Buchbinderbranche. Heute bringen wir anschließend das Ortsklassenverzeichnis für die Eis- und Kartonagenbranche und in den folgenden Abhandlungen werden wir die übrigen Teile der Verträge einer entsprechenden Würdigung unterziehen.

Ortsklassenverzeichnis zum Reichstarif für die Eis- und Kartonagenbranche.

Ort	Klasse	Ort	Klasse
Aachen	III	Emmerich	V
Adorf	V	Eppendorf	V
Altdingen	V	Gschweiler	IV
Alfeld	IV	Giefenberg	IV
Altenstein	IV**	Eichicht	VI
Altenburg	III*	Eichsfeld	VI
Altenörbe	IV	Eintrach	V
Amberg-Buchholz	IV	Eberswalde	IV
Alt-Görbe	V	Ebersbach	V
Apolda	IV	Efferberg	V
Arnstadt	IV*	Erfurt	IV
Auersleben	IV	Erlangen	III
Aischaffenburg	IV		
Aue	IV	Faltenstein	IV
Auerbach	IV	Flensburg	III
Augsburg	III	Franfurt a. R.	II
Baden-Baden mit		Frankethal	IV
Cos	III	Freiberg i. S.	IV
Dormen-Erbstedt	III**	Frankehausen	IV
Eobrich	IV	Frankeberg	IV
Bodrum	III	Friedrichsroda	V
Damm	III	Finstertal	V
Pöhl	V	Freudenstadt	V
Värenstein	VI	Franfurt a. O.	III
Breiten	VI	Freiburg i. Br.	III
Dauten	IV	Gulda	IV
Breden	VI		
Brandebura	V	Guben	IV
Bremen	III*	Gera	III
Breslau	III**	Gesfenkirchen	III
Brig	IV	Glauchau	IV
Bukbach	IV	Gerellingen	III
Burgstädt	IV	Gleichen	IV
Burgkun	IV	Gleichen	IV
Braunauweig	III	Görlitz	IV*
Belefeld	III	Görlitz	V
Burg	IV	Goslar	IV
Bitterfeld	IV	Goslar	IV*
Bautzenburg	V	Göppingen	IV**
Bernburg	IV	Graig	IV*
Balkenstedt	V	Gummersbach	IV
Bünde i. Westf.	V	Grimma i. S.	IV
Bergedorf	II*	Großschwalde i. S.	V
Boomerhaben	III	Geldern	VI
Bayreuth	IV	Gehren	VI
Bamberg	IV	Gethhausen	IV
Braunschweig	V	Grimmenhof	IV
Beberach	V	Gräfenhof	VI
Bernau	III	Goldberg	V
Brandenburg	IV*	Göttingen	IV
		Goslar	V
Cler	V	Güterloh	IV
Coburg	III	Grünthal b. Die-	
Camburg	VI	Berthausen	IV
Ellersdorf	VI	Gaggenau	V
Ermsdorf	IV	Germersbach	V
Emmich	III	Göppersdorf	IV
Goldberg	III	Grün	IV
Gelle	IV		
Golbe a. Saale	VI	Hagen	III
Göthen	IV	Hann	III
Goswig	V	Hamburg	III
Grailsheim	V	Hirschberg	IV
Gottbus	IV	Hellbronn	IV**
		Hettingen	III
Danzig	III*	Habelschwerdt	V
Darinstadt	III	Hartha	V
Detmold	IV	Hainichen	IV
Döbeln	IV	Herford i. Westf.	IV
Dortmund	III	Högter	V
Dresden	III*	Holterstadt	IV
Düren	III	Hartmannsdorf	IV
Duisburg-Ruhrort	III	Hohenfeld	IV
Düsselndorf	II	Heubach	V
Dülken	IV	Hahnau	V
Defflau	III	Hildburghausen	IV
Duplängen	V	Hohenstein-Ernst-	
		thal	IV
Ehrenfriedersdorf	V	Halle	III
Eintrach	IV	Hamburg-Altona	II*
Eilenburg	IV	Halsbach	IV
Eisenhof	IV	Hausen ab Berena	V
Eisenach	IV	Hemer	V
Eisen u. Umgebung	III	Hannover	III
Eplingen	IV**	Holzminde	V

gesamt 8294 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 54 977 Arbeitslosentage gemeldet. Arbeitslosenunterstützung wurde an 663 Mitglieder für 15 527 Tage insgesamt 23 838 Mk. gezahlt. Auf je 100 Mitglieder kamen im abgelaufenen

Quartal 4,8 Fälle von Arbeitslosigkeit mit durchschnittlich 16,5tägiger Dauer.

Ueber den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gaubezirken gibt die nachstehende Tabelle ein erschöpfendes Bild:

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im 1. Quartal 1920.

Table with columns: Gau, Zahl der Mitglieder (männl., weibl., ges.), Zahl der Arbeitslosenfälle (im ganzen Quartal, am letzten Sonntag), Zahl der Arbeitslosentage am Ort, Arbeitslosentage unterstützt wurde (an Verboten, für Tage, Mk.), Jeder Arbeitslosentag dauernde Tage, Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit (im ganzen Quartal, letzten Sonntag).

* In den Zahlen, die nicht berichtet haben. Nach dieser Zusammenstellung waren prozentual berechnet die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit im Gau 1, ihm folgen nacheinander Gau 6/7, 9 und 12. Dagegen ist die Dauer der Arbeitslosigkeit nacheinander am höchsten im Gau 16, 8, 14/15, 17 und 4 gewesen.

Aber, wie bereits erwähnt, gibt gerade die diesmalige Zusammenstellung ein ganz besonders lüdenhaftes Bild, und wollen wir hoffen, daß uns die nächsten Berichte ein möglichst vollständiges Bild zeigen werden.

Gegen die Besteuerung von Gewerkschaftsvermögen.

Von einigen Gewerkschaftsvorständen wurde uns mitgeteilt, daß die bei den Banken hinterlegten Guthaben zur Besteuerung herangezogen worden sind. Diese Maßnahmen sind offenbar nur darauf gerichtet, daß die betreffenden Guthaben auf den Namen eines Treuhänders und nicht auf den Namen des Verbandes bei der Bank hinterlegt waren. In den zahlreichen Steuererzeugen ist, soweit eine Besteuerung der Gewerkschaften in Frage kommen konnte, diese durch klare Gesetzesbestimmungen ausgeschlossen.

Das Gesetz über das Reichsnotopfer befaßt im § 5 ausdrücklich unter Absatz 7, daß: „Handelskammern, Gewerbelammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und ähnliche öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist“, abgabefrei sind.

Auch das Körperschaftsteuergesetz vom 30. März 1920 hat in § 2 Abs. 7 eine ähnliche Bestimmung, wonach von der Körperschaftsteuer befreit sind: „Gesellschaftliche Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist“.

Ebenso bestimmt auch § 3 Abs. 2c des Kapitalertragsteuergesetzes, daß: öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen sowie Berufsverbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist“, von der Steuer befreit sind.

Die übrigen Steuergesetze kommen nicht in Frage. In einigen Fällen ist bei Ausführung des Umwandlungsgesetzes eine Veranlagung der Gewerkschaften von Steuerbehörden versucht worden. Nach Rücksprache der betreffenden Vorstandsvertreter mit der zuständigen Steuerbehörde, durch die der Charakter der Organisation dargelegt wurde, nahmen

die Steuerbehörden ohne weiteres von einer Veranlagung der Organisation Abstand, weil diese gesetzlich auch nicht begründet wäre.

Bei den uns jetzt gemeldeten Besteuerungen der Bankguthaben der Verbände wird es Aufgabe der Vorstände sein, der Steuerbehörde sofort den Nachweis zu liefern, daß das auf den Namen des Treuhänders hinterlegte Vermögen nicht Eigentum des Betroffenen ist, sondern dem Verbands gehört. Im übrigen dürfte es sich empfehlen, die Eintragungen der Konten auf den Verbandsnennungen vorzunehmen. Nach unseren Beobachtungen werden von den Banken in neuerer Zeit dieser Handhabung nicht mehr unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Mandatens ist neben dem Namen des Treuhänders auch der Name des Verbandes als Kontoinhaber einzutragen, und es dürften damit für die Zukunft irtümliche Besteuerungen verhütet sein.

Die vorstehenden Ausführungen gelten in vollem Umfange auch für die Vermögensbestände von Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und für Gewerkschaftskartelle.

Die Jugendfrage.

Ist es nicht schon zu spät? Haben wir nicht schon zu viel veräumt? Nein, noch ist es nicht zu spät, noch nicht alles verloren. Zwar haben die Alten die Jugend, den Nachwuchs unseres Gewerbes über den Kampf mit dem Alltag, mit den Wechselwirkungen der Verhältnisse und nicht zuletzt über die eigenen Parteistreitigkeiten vergessen. Um so erfreulicher ist es, wenn man sie und da sich etwas regen sieht. In Berlin bestand schon vor dem Krieg eine Jugendabteilung, bis dann dieser unheimliche Massenmord ihr den Lebensbestand nahm. Einer nach dem andern zog hinaus, und am Ende blieben ein paar Wädden übrig. Im September vorigen Jahres befaßten sich nur ein paar beherzte Männer, daß wir ja trotz der schweren Kämpfe unsere Jugend nicht vernachlässigen dürfen. Wir riefen die Jugendlichen in den Betrieben auf, wählten

jugendliche Betriebsvertrauensleute, die im Verein mit den Vertrauensleuten der Kollegen bestritten werden, die Mißbilligungen und Uebelstände in den Verhältnissen abzustellen. Das von der Proletariatsjugend auf deren Konferenz in Halle aufgestellte Programm nahmen wir uns zur Aufgabe und gelobten, nicht als Konstruktionsunternehmen der Proletariatsjugend gegenüber aufzutreten. Wir wollen die Jugend nicht nach einer Parteischablone erziehen, unser Ziel ist, sie zum selbständigen Denken, zu bewußten Klassenkämpfern für den Sozialismus zu erziehen. Was ist nun zu tun? Wir wollen alle Kollegen in den deutschen Gauen und Jahrestellen aufrufen, an die Jugend zu denken, allen rechtlichen und moralischen Beistand zu gewähren, sie zu einer Mitarbeit an sich selbst aufzurufen. Also kurz gesagt, Jugendabteilungen zu bilden, Mandaten zu fordern und der Jugend trohe Stunden nach der Arbeit Mühe und Not zu geben; die Natur ihnen nabehbringen im Erlebnis, im Wort und Bild, zur Bekämpfung jeglichen Schmutzes und Mißbrauchs an der Jugend beitragen. Dann werden wir für unsere Sache und im Sinn unserer Sache ein besseres Geschlecht erziehen.

Alle Anschriften und Anfragen sind zu richten an W. Stephan, Obmann der Jugendkommission, Berlin O., Forster Str. 44.

Berlin. S. Bröder.

Die Not der Kollegen im Kleinbetriebe.

Der Reichstaxtarif, der vielerorts schon zur Einführung gekommen ist, hat manden Kollegen, der sonst nicht für Erhöhung des Verbandsbeitrages zu haben war, um so mehr, als dieser jetzt das Doppelte ausmacht als vor dem 1. April, damit ausgeglichen, daß nun endlich eine einheitliche Lohnfestsetzung für das Reich und eine entsprechende Regelung der Feriens- und Arbeitsbedingungen durch den Reichstaxtarif zustande gekommen ist. Der Beitrag ist mit unwesentlichen Schwankungen auf 3 Mk. festgesetzt, und die Kollegen in Groß- und Mittelbetrieben können ihn gut und gern bezahlen, denn der Erfolg in der Vorbewegung unseres Berufes ist jedem ersichtlich, und ein weiteres Zusammenstehen wird auch da, wo noch kein Erfolg zu verzeichnen ist, diesen in Wälde erreichen lassen.

Wir Kollegen in den Großbetrieben haben es nicht allzu schwer, durch Einigkeit unsere Lage zu verbessern. Doch dürfen wir dabei nicht die Notlage und die Schwierigkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen in den Kleinbetrieben vergessen. Sie zahlen dieselben Beiträge, erhalten aber fast immer weniger Lohn. Gält sich der Meister an die Beschlässe der Zunftung — und ein weiteres Zusammenstehen wird auch da, wo noch kein Erfolg zu verzeichnen ist, diesen in Wälde erreichen lassen. Wir Kollegen in den Großbetrieben haben es nicht allzu schwer, durch Einigkeit unsere Lage zu verbessern. Doch dürfen wir dabei nicht die Notlage und die Schwierigkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen in den Kleinbetrieben vergessen. Sie zahlen dieselben Beiträge, erhalten aber fast immer weniger Lohn. Gält sich der Meister an die Beschlässe der Zunftung — und ein weiteres Zusammenstehen wird auch da, wo noch kein Erfolg zu verzeichnen ist, diesen in Wälde erreichen lassen.

Es ist den Kolleginnen und Kollegen nicht geholfen, ihnen einfach ein Tarifformular zu geben mit den Worten: „Das hat dein Meister zu bezahlen, das mußt du durchdrücken.“ Dies wird nie zum Ziele führen. Denn mancher Kollege ist nicht so beschlagen gegen diese Lohndrücker. Ein anderer ist lange da, hat große Familie und getraut sich deshalb nichts zu sagen. Oder aber, er ist kriegsbeschädigt und daher ein besonders geeignetes Ausbeutungsobjekt. Alle diese Dinge können schon um der Gesamtheit willen nicht mehr so weiter gehen. Wenn wir vom Gros der Prinzipale einen tariflichen Lohn fordern, dann müssen wir billigerweise auch der Schmuckfunktions zu Leibe gehen. Denn dazu sind wir jetzt politisch und gewerkschaftlich stark genug. Erstens erhalten wir dadurch einen großen Teil der neuauftretenden Kollegen dem Verbands und der Stimme bei Tarifverhandlungen mit Zunftungen auf Betriebe, die weniger bezahlen, fällt damit weg.

Was ist nun mit diesen Meistern anzufangen? In der Regel jammern sie von schlechten Zeiten, trotz 500 bis 1000 Proz. Aufschlag auf ihre Arbeiten, und vom Nichtsverdienen. Sie haben 1-2 Gehilfen, 3-4 Lehrlinge, und dabei läßt sich der Meister zum Arbeiten selten blicken. Doch abends, kurz vor Feierabend, da kommt er mit aufgeregtem Jerneln in die Werkstatt zum Antreiben; das und jerneln muß noch raus, vielleicht kann er noch eine halbe patriotische Ueberstunde herauswinden. Denn trotz des

angeblich schlechten Verdienstes ist immer noch soviel da, daß Herr und Frau Meisterin jedes Jahr ins Bad reisen können. Natürlich nur eines Leber- oder Nierens wegen, das aber meistens bloß in ihrer Phantasie besteht. Aber dem Gehilfen ein paar Mark mehr zu zahlen, das führt unweigerlich zum Bankrott.

Hier heißt es, eine andauernde, zähe Kleinarbeit zu tun. Durch besondere Kommissionen aus dem Kreise der Kollegen sind die Verhältnisse auszuforschen. Meistens sind es Vettern, Schwäger, Sanguinbrüder oder sonstige Bekannte in solchen städtischen oder sonstigen Betrieben, die solchen Elementen die Arbeiter zuziehen. Sie dürfen dafür im Papeteriegeschäft recht billig einkaufen, und was das ausmacht, zieht man ganz einfach dem Arbeitspersonal an den Löhnen ab.

Und wie Steuerzahler? Wir verlangen, daß die staatlichen und städtischen Arbeiten anständig bezahlt und an tariflich zahlende Meister vergeben werden. Staubt ein Meister, daß sich die Arbeiter besser stellen als er, so lasse man ihn arbeiten gehen; ehrliche Arbeit schändet nicht.

Nur ein energisches Vorgehen der Gau- und Bezirksleiter sowie der Bezirksstellenvorstände mit kräftiger Unterstützung der Kollegenschaft bei Behörden und in Stadtverordnetenversammlungen kann helfen. Die Parteiorgane der sich zur Freude der bürgerlichen Parteien bekämpfenden Arbeiterparteien können manchen Bogen Papier sparen und Artikel, die durchaus nicht die Vereinerlichung des Proletariats fördern, auslassen, dafür aber Aufrufe an die arbeitende Bevölkerung ergehen lassen und zum Wohlwollen dieser Geschäfte aufrufen. Alle Verufe müssen darin solidarisch vorgehen, damit jede Frau und jeder Mann weiß, daß da nicht gekauft werden darf. Mit der Erfolg auch im Anfang klein, ein intensives Hämmern gerührt auch einen Granitstein. Ist eine Amtsstelle nicht geeignet, ihre Arbeit an tariflich zahlende Meister abzugeben, dann müssen die Fälle gesammelt werden und das Gewerkschaftsamt muß dieselben dann an die Regierung richten. Selbst mit den härtesten Mitteln müssen wir diese gerade Forderung erzwingen, denn es ist Pflicht des Proletariats, dafür zu sorgen, daß alle ein auskömmliches Leben haben. Ich bitte die Kollegen, sich hierzu zu äußern, denn es gilt, unseren Verbandskollegen, die in schlechterer Lage sind als wir, zu helfen, damit auch ihnen die Errungenschaften des Verbandes zugute kommen und daß sie uns nicht wieder verloren gehen, wenn sie sich selbst überlassen bleiben.

Hannover.

Carl Oswald.

Die Kartonnage in der Zigarrenindustrie!

Der Rohstoffmangel in der Zigarrenindustrie hat eine Umwälzung des ganzen Gewerbes zur Folge gehabt. Die kolossale Knappheit an brauchbarem Holz hat die Unternehmer gezwungen, an Stelle des Holzes Pappe zu verarbeiten. So sind denn in letzter Zeit eine ganze Menge derartiger Betriebe neu entstanden. Ich hatte Gelegenheit, mehrere solcher Betriebe zu besichtigen und muß sagen, daß sie in nichts sich von einer modernen Kartonnagenfabrik unterscheiden. Die Zigarrenindustrie befindet sich zum größten Teil auf dem Lande, und so ist es gekommen, daß, ohne daß wir es bemerkt haben, diese Umwälzung vor sich gegangen ist.

Die Arbeiter, welche in diesen Betrieben arbeiten, sind wohl organisiert, aber nicht bei dem für sie maßgebenden Verbande der Buchbinder, sondern größtenteils im Holzarbeiterverband. Mit einem Banden des letztgenannten Verbandes hatte ich diesbezüglich eine Unterredung, und er sagt mir, daß sie die Leute erst abgemessen hätten. Als sich dann aber keiner um sie bekümmerte, hätten sie dieselben aufgenommen. Er gab ohne weiteres zu, daß die Leute als Kartonnagenarbeiter zu betrachten seien und für unsern Verband zuständig wären. Die Unternehmer in Blotho an der Weier wollen den Holzarbeiterverband nicht als Tarifkontrahenten anerkennen, sondern nur den Buchbinderverband. Auch die Vefleber in der Holzstiftfabrik sind im Holzarbeiterverbande organisiert. Diese gehörten früher dem Sortiererverbande an. Bei der Verschmelzung mit dem Tabakarbeiterverbande sind diese Leute nicht mit übergetreten. Ich weiß nun nicht, wie es gekommen ist, daß diese Leute nicht zu uns herübergeholt worden sind. Ein Blick in so eine Abteilung genügt, um ganz genau zu wissen, daß sie zum Buchbinderverband gehören. Es gibt hier in der Umgebung Betriebe, die an hundert Personen in den Kleberereien beschäftigen. Die darin Beschäftigten sind Papierarbeiter im wahren Sinne des Wortes. Ihre Tätigkeit besteht darin, daß sie die Zigarrenstiften einpassen müssen. Die besseren Streifen werden mit der Hand angeschmirt, während die gewöhnlichen mit der Mädelmaschine herumgezogen werden. Wieder andere kleben die Stiften mit Papier aus, und die letzte Arbeit werden die bunten Bilder auf-

geklebt. Ich bin nun der Ansicht, daß von uns aus alles getan werden muß, die Verbandsangehörigen zu uns herüberzuholen. Der Verbandsvorstand sollte eine Statistik aufnehmen, um festzustellen, wie viel derartige Betriebe vorhanden sind, wieviel Arbeiter in der Branche beschäftigt werden und welcher Organisation sie angehören. An die Kollegen in den Gegenden der Zigarrenindustrie richte ich die Bitte, alles daran zu setzen, um diese Arbeiter unserem Verbands beizuführen.

Sergt, Bielefeld.

Aus unserem Beruf.

Unternehmergewinn

Mit den Erträgnissen ihrer Unternehmungen kann die Papierherstellung und Verarbeitung recht zufrieden sein, wie folgende Stichproben zeigen:

Die G. Gundlach A.-G. in Bielefeld schlägt wieder 12 v. H. Dividende, sowie eine Kapitalserhöhung um 0,70 auf 2 Mill. M. vor.

Dem Geschäftsbericht der Chromapapier- und Kartonfabrik vorm. Gursch Majorz, Aktiengesellschaft in Leipzig-Plagwitz entnehmen wir: Reingewinn 371 647 M., 10 v. H. Dividende, 10 v. H. Nachvergütung.

Aktiengesellschaft für Vuntpapier- und Leimfabrikation Aschaffenburg. 10 v. H. Dividende, 141 215 M. für Lantienen, 280 000 M. zur Gewährung einer Sondervergütung von 16 v. H. an die Aktionäre als Ersatz für den Dividendenausfall in dem Kriegsjahre.

Vereinigte Kunstinstitute A.-G. vorm. Trautz in Berlin-Schöneberg. Die Gesellschaft erzielte einen Reingewinn von 333 039 M., woraus 20 v. H. Dividende verteilt werden. Die Beschäftigung war in allen Abteilungen gut, auch im neuen Geschäftsjahr seien Aufträge reichlich vorhanden.

Die Rotophot.-A.-G. für Graphische Industrie in Berlin hatte 215 413 M. Reingewinn, und verteilte 12 v. H. Dividende.

Leipziger Buchbinderei A.-G. G. Fritzsche in Leipzig. 10 v. H. Dividende. Erhöhung des Aktienkapitals um eine auf 8 Millionen M. Beschäftigung des Unternehmens anhaltend gut.

Zur sprunghaften Erhöhung der Materialpreise.

Der Vorstand der Berliner Buchbinder-Innung hat unlängst beschlossen, durch den Bund deutscher Buchbinder-Innungen eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium richten zu lassen, die sich mit der sprunghaften Erhöhung der Materialpreise beschäftigen soll. Der Innungsvorstand ersucht in dieser Eingabe, gegen die ungesunden Preissteigerungen einzuschreiten und Höchstpreise festzusetzen. Als Beispiele werden angeführt, daß der Preis für Kaliko kürzlich von 17 M. auf 37 M. für den Meter gestiegen sei und daß der Pappenpreis eine Höhe von 140 M. für den Zentner erreicht habe.

Ausfuhrverbot für buchgewerbliche Erzeugnisse

Mit dem 15. März ist auch für Gegenstände der Nummern 674a-c, 674e, 675 und 676a-c des Zolltarifs (Bücher ungebunden und gebunden, Broschüren, Rusikalien, Kunstblätter usw.) ein Ausfuhrverbot in Kraft getreten. Die Ausdehnung des Ausfuhrverbotes auch auf Bücher wird als notwendig bezeichnet im Interesse der Hebung unserer Valuta und der Gesundung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Die Erzeugnisse unseres Buchgewerbes spielen gerade gegenwärtig eine hervorragende Stellung in der Welt ein. Auf manchem Gebiete ist er unerreichbar, namentlich wo es sich um die Verbreitung der Ergebnisse deutscher Wissenschaft handelt. Das Ausland kommt ohne das deutsche Buch nicht aus und bei dem heutigen Ausstand finden deutsche Bücher den besten Absatz. Keineswegs soll dem deutschen Buchhandel diese Betätigungsmöglichkeit beschnitten werden. Die Verbreitung deutscher Geisteserzeugnisse in Wort und Bild liegt im Gegenteil im Interesse der deutschen Kulturpropaganda. Verhindert werden muß aber, daß deutsche Bücher, zumal nachdem heute Neubrüde vielfach kaum noch möglich sind, ins Ausland verschleudert werden. Diesem Ziel soll die neue Auslandsverkaufsordnung des

Börsenvereins der Deutschen Buchhändler dienen, die aber erst voll wirksam werden kann, nachdem sie nun durch das Ausfuhrverbot ergänzt ist.

Die Stuttfabrrikation

im Lichte der Handelskammerberichte. Die Brandenburger Handelskammer berichtet über die Stuttfabrrikation in Athenow, daß der Geschäftsgang im Berichtsjahre im allgemeinen zufriedenstellend, teilweise sogar als gut zu bezeichnen war. Entsprechend der starken Nachfrage nach optischen Erzeugnissen war der Bedarf in Stutis ebenfalls groß. Besonders aus dem neutralen Ausland, wie Holland, Standinavien und der Schweiz lagen viele Aufträge vor, die infolge der verkürzten Arbeitszeit und der dadurch bedingten Minderherstellung von Erzeugnissen zum Teil nicht schnell genug erledigt werden konnten.

In den letzten Monaten des Jahres sind die Preise für einzelne Rohmaterialien infolge ihrer Knappheit ins Unermessliche gestiegen. Auch Leder hat nach Aufhebung der Zwangswirtschaft eine geradezu ungläubliche Preishöhe erreicht. Durch derartige Bucherpreise wird stellenweise ein Teil der Fabrikation in Frage gestellt. Die dauernde Steigerung der Löhne und Materialienpreise hat naturgemäß eine erhebliche Erhöhung der Verkaufspreise für die Fertigfabrikate zur Folge gehabt.

Was die Aussichten hinsichtlich der Geschäftslage im nächsten Jahr betrifft, so wird die rege Nachfrage nach Stutis allem Anschein nach noch weiter anhalten, obgleich sich zum Teil die einheimische Kundenschaft infolge der andauernden Preissteigerungen für die nächste Zeit reichlich mit Waren eingebekkt hat. Bezüglich des Exportgeschäftes hat man den Eindruck, als wenn sich demüchtigt die Konkurrenz der ehemals feindlichen Staaten auf dem Auslandsmarkt bemerkbar machen wird. So liegt einem unserer Berichtshafter ein Angebot eines französischen Fabrikanten auf Lieferung von Lederstutis vor, und zwar zur Hälfte des Preises, der für deutsche Ware zu berechnen wäre.

Wir bemerken hierzu, daß es sich bei diesen Berichten um Mitteilungen aus Unternehmertreue handelt, die ein Interesse daran haben, die Verursache möglichst wenig günstig darzustellen.

Der Verband Deutscher Buchbinder

zählte nach seinem Geschäftsbericht am Schluß des Geschäftsjahres 1919 277 Mitglieder mit 11 615 Angestellten; davon entfallen auf:

Leipzig	84	Mitgl.	mit 5683 Angestellten
Berlin	80	"	" 1765 "
Stuttgart	20	"	" 883 "
München	7	"	" 279 "
Dresden	26	"	" 463 "
Thüringen	15	"	" 280 "
das übrige Reich	95	"	" 2264 "

Die Kassen- und Frauenwerk-Kasse der Buchbinder in Stuttgart

widmete in der am 3. April stattgefundenen Generalversammlung dem verstorbenen Kollegen Christian Schopper einen ehrenden Nachruf. In treuer Pflichterfüllung und selbstloser Hingabe hat Schopper der Kasse 45 Jahre ehrenamtlich vorgestanden und in dieser langen Reihe von Jahren vieles Gute für die Kasse geschaffen; deshalb auch nochmal an dieser Stelle: „Ehre seinem Andenken!“ Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Kasse die Kriegsjahre und die damit verbundene Krisis glücklich überstanden hat. Das Vermögen der Kassenkasse beträgt 6586,45 M., und das der Frauenwerk-Kasse 5596,81 M. Um die Kasse wieder neu zu beleben wurde beschlossen, den Beitrag von 1,30 M. auf monatlich 2,50 M. zu erhöhen und dafür anstatt wie früher 1 M. täglich 1,50 M. (die Woche zu sieben Tagen gerechnet) zu geben. Das Sterbegeld wurde von 100 M. auf 160 M. erhöht.

Die Frauenwerk-Kasse, ein Zweig der Kassenkasse, gibt bei einem monatlichen Beitrag von 20 Pf. ein Sterbegeld von 100 bzw. 120 M.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unsere jüngeren, besonders die jung verheirateten Kollegen zum Beitritt in beide Kassen einladen. Anmeldung nimmt unser neuer Vorstand, Kollege Anders, Böslingerstr. 17 III, und der Kassierer, Kollege Jöhler, Frauenstr. 21 II, entgegen.

Kolorierte Bilder.

In unserer Zeit, in der für die Herstellung farbiger Drucks eine Unzahl der verschiedensten Verfahren zur Verfügung steht, kann man doch die Beobachtung machen, daß auch alte Verfahren, wenn auch in verbesserter Art, wieder Anwendung finden. Wie auf anderen Gebieten, so kehrt auch in der Graphik die Technik gelegentlich zu einem Ausgangspunkt zurück, und eine solche Rückkehr ist z. B. die Anwendung des Kolorierverfahrens zur Herstellung farbiger Bilder.

Man wird sich erinnern, daß die ersten farbigen Drucks in der Art entstanden, daß der einfarbige Abzug vom Holzstich oder der Kupferplatte mit der Hand nützlich koloriert wurde. Erst wesentlich später ging man dazu über, auch Farbenplatten zu schneiden bzw. zu streichen und dann davon zu drucken. Die Chromolithographie brachte dann hauptsächlich jene Fülle von Farbenplatten, so daß Farbendrucks mit 15-30 Farben keine Seltenheit waren. Die Anwendung der photomechanischen Verfahren für die Zeichenplatte ließ viele dieser Farbenplatten später entbehrlich erscheinen, und durch Einführung des Drei- und Vierfarbendrucks wurde die große Farbenpalette, die früher üblich war, wieder verringert. Aber mit den Fortschritten der Reproduktionsverfahren stellten auch die Maschinenfabriken gleichen Schritt. Es wurden Druckmaschinen hergestellt, die den gleichzeitigen Druck mehrerer Farben von einer Druckplatte ermöglichen. Gleichzeitig aber ging die Vereinfachung in der graphischen Farbendrucktechnik so weit, daß man auch die alten Kolorierverfahren wieder in den Dienst der Graphik stellte. Allerdings in wesentlich anderer Form als in früheren Zeiten.

Während man früher die einzelnen Blätter mit der Hand kolorierte und später nur für das Flächenkolorit zur Verwendung von Schablonen überging, bei denen aber gleichfalls das Kolorieren mit der Hand erfolgte, hat man in Frankreich auch Koloriermaschinen gebaut, bei welchen Wasserfarben mittels breiter pinselartiger Bürsten aufgetragen werden und andere, welche für jede einzelne Farbe ein besonderes Walzwerk als Farbvorrichtung haben und Farben verarbeiten, die analog der Drucker-schwärze zusammengesetzt sind. Diese Maschinen, die schon 1900 auf der Weltausstellung in Paris in Tätigkeit zu sehen waren, kolorierten unter Anwendung von Schablonen, und zwar folgendermaßen: Die schon vorher auf der Buch- oder Steindruckpresse mit der Zeichnung vorgedruckten und später mit den Farben zu versehenen Blätter werden nach festen Marken oder Pantoren angelegt und von Schablone zu Schablone weitergeführt. Die Farbvorrichtung tritt in Funktion, sobald der Wagen genau unter der Schablone liegt und an dieselbe angepreßt wird. Diese Koloriermaschinen haben verschiedenartige Ausgestaltung erfahren. Gewöhnlich werden 12 Farben unmittelbar hintereinander aufgetragen, und es wäre ein großer Verirrung, zu glauben, daß die Produktion dieser Maschinen in qualitativer Hinsicht viel hinter den eigentlichen Farbendruck zurückstehen und unwidriger als diese erscheinen. Es ist sogar Tatsache, daß der Unterschied zwischen diesen beiden Erzeugnissen nicht nur für den Laien unkenntlich, sondern erst bei näherer Betrachtung von Kolorierten als Druck mit Wasserfarben und als Schablonenarbeit zu erkennen ist. Ein Umstand, der geeignet, erscheint, die Verwendbarkeit dieser Farbendruckmethode keineswegs nur auf Modelibilder zu beschränken. In der Tat hat man ja auch vielfach Chromolithfarben koloriert, oder dabei handelt es sich zunächst um Handkolorit mittels Schablone, das nicht so gut wirken kann, als wenn die Zeichenplatte in Lithographie untergedruckt ist. Allerdings lassen sich diese Kolorierverfahren sämtlich nur mit der Einschränkung anwenden, daß es sich dabei um das Kolorit von Flächen handelt. Man könnte dabei die Frage stellen, warum zur Herstellung von Farbendruck nicht gerade so gut Wasser- und Weinfarben Anwendung finden wie Firnisfarben. Sobald man gelernt haben wird, mit Wasserfarben zu drucken oder solche Farben durch geeignete Reagenzien entsprechend auf das Papier zu bringen, wird man auf diese Art entspannende farbige Reproduktionen, wenn vielleicht nicht mit Firnisfarbendrucks gleichwertig, so doch gewiß für manche Blätter sehr geeignet betrachten. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß ein Kompromiß zwischen diesen Techniken der

Herstellung farbiger Bilder stattfindet, indem man eine Art Kombinationsdruck herstellt, auf welchem ein Teil des Bildes mit Wasserfarbe, ein anderer mit Firnisfarbe gedruckt ist. Es liegen heute schon sehr zahlreiche und recht hübsche Beispiele dafür vor, daß Farbendrucks aller Drucktechniken ihre Fertigstellung einer oft sehr ausgiebigen Uebermalung mit der Hand unter Anwendung von Wasser- oder Oelfarben verdanken, und es fällt niemandem ein, diese Reproduktionen darum für minderwertig zu erklären.

Fritz Hansen.
(Aus: „Deutsches Steinbrudgewerbe“.)

Berichte.

Brieg. Wie und aus Brieg nach Redaktions-schluß mitgeteilt wird, befindet sich unsere dortige Kollegenchaft im Ausstand.

Berlin. In der am 12. März stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung erstattete Herzog Bericht über das neue Ortsstatut, das ohne wesentliche Änderungen angenommen wurde. Dann gab Czerny eine Leberredt über den Stand des wirtschaftlichen Streits unserer Kollegen und Kolleginnen in den Buchdruckerien. Es handelt sich hier um die Anerkennung des Reichstatts für die Buchdruckerien, der bekanntlich schon von den Buchbinderbesitzern unterzeichnet worden ist und von dem Deutschen Buchdruckerverein noch nicht unterschrieben wurde. Infolgedessen fanden die Berliner Buchdruckermeister auf dem Standpunkt, daß sie demselben ihre Anerkennung noch versagen könnten. Da dadurch unsere Kollegen und Kolleginnen in den Buchdruckerien um 30-40 Pf. pro Stunde schlechter ständen, so beschloßen diese, in dem Streit zu treten, der inzwischen wieder beendet ist. Da die Zeit bereits vorgeschritten war, wurde die Generalversammlung vertagt.

Die Fortsetzung fand infolge des Generalstreiks erst am 12. April statt. Herzog referierte über die Neuregelung sämtlicher Entschädigungsätze an die Funktionäre der Verwaltungsstelle Groß-Berlin. Er begründete die Vorlage der Statutenkommission, die mit den dringendsten Bedürfnissen Rechnung trage. Die in der Vorlage vorgesehenen Entschädigungsätze wurden mit Wirkung ab 1. April angenommen.

Sodann erstattete Hildebrandt über die Tätigkeit des Verbands einen kurzen, übersichtlichen Bericht. Da über die Bewirtschaftung ausführlich in der „Buchbinder-Zeitung“ berichtet worden ist, können wir die Ausführungen Hildebrandts, die sich mit unserm Bericht decken, an dieser Stelle übergehen. Hildebrandt wies zum Schluß noch darauf hin, daß hier in Berlin nicht nach dem alten Ropf weiter gearbeitet werden soll und wird, sondern daß dahin gearbeitet werden, unserer Organisation immer mehr den Charakter und das Gepräge einer Kampforganisation zu verleihen.

In der Diskussion über den Bericht übte Haenelt, in allen anderen Teilen mit dem Bericht einverstanden, scharfe Kritik an Moth. Er erinnerte daran, daß schon früher das Verhalten von Moth heftige Kritik in den Mitgliederzeilen hervorgerufen habe. Haenelt las aus dem Briefwechsel Gabel-Kloß eine Stelle vor, die das Gegenteil von dem darstellt, was Moth in der Februar-Nummer behauptet. Er stellt zum Schluß den Antrag auf Ausschluß Moths, da er, wie er aus zuverlässiger Quelle erfahren habe, jetzt Generalsekretär der Deutschen Volkspartei geworden sei und wir solche Elemente nicht mehr in unseren Reihen dulden könnten. Es sei Sache der Arbeiterschaft und unserer Kollegen im besonderen, unsern Verband von ihm zu befreien. Der Antrag lautet:

„Die ununterbrochene, die Interessen der Arbeiterschaft schädigende Handlungsweise des ehemaligen Vor-sitzenden Emil Moth zeigt immer deutlicher, daß dieser ein Schädling der Arbeiterbewegung ist. Die Zahlstelle Berlin hebt es als eine Ehrenpflicht an, sich von diesem Schädling, der sich jetzt sogar als Generalsekretär der Deutschen Volkspartei beizählt, zu befreien und aus dem Buchbinderverband auszuschließen.“

Der Ausschlußantrag wurde einstimmig angenommen.

Sodann wurde von Jordan, was von vielen anderen Kollegen unterstrichen wurde, stark betont, daß wir heute noch im Streit um Bezahlung der Streiktage stehen. Es dürfte nicht passieren, daß der Streit damals abgebrochen wurde, ohne die Frage beantwortet zu erhalten: „Wer bezahlt uns die Streiktage?“ Lieber wäre damals von allen noch einige Tage länger gestreikt worden, wenn man dadurch eine positive Antwort auf diese Frage bekommen hätte. Weiter wurde die Frage erörtert, in welcher Weise am besten die Löhne in Zukunft zu regeln seien, ob in Form von Lohnzuschlägen für Verheiratete und Ledige und Extrazulagen für Kinder, oder letztere in Form von Zuschlägen zu bringen seien, da dies z. B. in der Metallindustrie keine guten

Resultate gezeitigt habe. Bei Einstellungen werden dort nur die Ledigen berücksichtigt bzw. Verheiratete ohne Kinder. Nothe macht Mitteilung über die näheren Beweggründe zur Unterschrift des Lohnabkommens. Wenn die Unternehmer glauben, nur die Minimalsätze des Reichstatts zahlen zu brauchen, so haben wir mit diesem Abkommen unsere Mitglieder keineswegs verpflichtet, sich nur mit diesen Minimalhöhen zu begnügen. Gegenüber der von uns zu Tage getretenen starken Verärgerung über den nicht befriedigenden Ausgang des Streiks sei zu sagen, daß der Kampf nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben sei, um, wenn nötig, in Kürze mit erneuter Wucht neu einzusetzen. Von den Delegierten der Firma Neufachst, Rumpke u. Co. wurde ein Antrag eingebracht auf Auflösung der Generalkonferenz, der aber gegen wenige Stimmen abgelehnt wurde.

Hamburg-Altona. In der am 20. April statt-gehabenen, sehr stark besuchten Generalversamm- lung gab Krüger einen Rückblick über das Jahr 1914. Die Mitgliederzahl erhielt eine Zunahme von 2000, so daß am Jahres-schluß 3611 Mitglieder vorhanden waren. Die Kassa erreichte am Jahres-schluß einen Bestand von 23 258 Mk. Hierauf gab Helm den Kassenbericht vom 1. Quartal 1920. Nach diesem hat die Kassa einen Bestand von 26 887,28 Mk., der Mitgliederbestand beträgt am 31. März 3800 Mitglieder. Sodann referierte Helm über einige Änderungen in der Geschäftsordnung, Erhöhung der Lokalbeiträge und Erhöhung der lokalen Arbeitslosen-unterstützung. Neben einigen anderen Veränderungen wurden die Entschädigungen für das Haus-lässieren auf 12 Pf. und für Verheirateten auf 6 Pf. pro Marke festgesetzt und das Krankgeld für den Kassierer von 10 Mk. auf 100 Mk. erhöht. Die Bureauzeit wurde täglich vormittags von 10 bis 1 Uhr, Montags und Freitags bis abends 7 Uhr festgesetzt. Die übrigen Tage bleibt das Bureau nachmittags geschlossen. Die Weiterberatung der Geschäftsordnung wurde vertagt. Die hierauf vorge-nommene Vorstandswahl ergab Fleming als 2. Vor-sitzenden, Kollegen Egidberg, Kensing, Kaufberg, Hoff, Wündle und Wehr als Beisitzer und die Kol- legen Konrad, Heldt und Oelschner als Revisoren.

Hierauf berichtigte Krüger über den neuen Reichs-tarif für die Kartonnagen- und Einwickelarbeiten und über den Reichstatts für Buchbinderien, Buchdrucker-ien, Geschäftsbücher- und Briefumschlagfabriken. Der Tarif für Kartonnagen steht Stundenlöhne bis zu 4,75 Mk. für Arbeiter und 2,25 Mk. für Arbeiter-innen vor, worauf für Hamburg-Altona vom 15. Mai ab noch 5 Proz. Aufschlag kommen. Der Buchbinder-tarif und Briefumschlagtarif sieht Löhne für Arbeiter von 4,20 Mk. und für Arbeiterinnen bis zu 2,25 Mk. die Stunde vor. Für die Kar-tonnagenindustrie wurde Hamburg zunächst in die 2. Ortsklasse mit 5 Proz. Aufschlag eingereiht, und wird die Einreihung in die 1. Ortsklasse für nächstes Jahr vorgesehene sein. Ueber die Einteilung von Hamburg-Altona Bergedorf-Parburg in den Reichs-tarif für Buchbinderien usw. war eine Einigung nicht zu erzielen, da die Arbeitgeber unserer For-derung auf die 1. Klasse nicht zustimmen wollten. Hierüber sollen Verhandlungen am Ort von Verband zu Verband stattfinden. Bis zur endgültigen Re-gelung wird für Hamburg-Altona nach der 2. Klasse entlohnt. Die hierauf sehr heftig eingehende Dis-kussion brachte wohl eine Anerkennung für das um-fangreiche Werk, das im Interesse unseres Berufs und unserer Kollegenschaft geschaffen worden ist, ver-lange aber um so fürmlicher die Einreihung in die 1. Ortsklasse, da die Löhne der 2. Klasse für Ham-burg nicht ausreichend seien. Beschlossen wurde, so-fort an die örtlichen Arbeitgeberverbände heranzu-treten, um eine Verständigung über die Einreihung zu erzielen.

Bohe. In einer überfüllten Versammlung nahm die Bahrer Gewerkschaft und Kartonnagenarbeiterschaft am 18. April Stellung zum obgenannten Reichstatts. Im eingehender Weise referierte Dürr über die Verhandlungen in Wien und Weimar. Dürr verwies auf das Bestreben der Arbeitgeber, die angehenden Lohnzuschlägen dadurch wieder illusorisch zu machen, indem sie versuchten, in die unteren Ortsklassen zu kommen. In dem alten Reichstatts, welcher nur 6 Ortsklassen hatte, war Bohe in der 4. Ortsklasse. Nun bemühen sich die Arbeitgeber, ihn in die 3. Ortsklasse zu bringen. Da diese Frage endgültig nicht geregelt wurde, muß zunächst versucht werden, herüber eine ähnliche Rege-lung zu treffen. Die sich dem Referat anschließende Debatte war eine sehr erregte. Alle Redner ver-langen, daß Bohe in der 4. Ortsklasse bleiben muß. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 18. April tagende überfüllte Branchen- versammlung der Bahrer Gewerks- und Kartonnagenar-beiterschaft nimmt Kenntnis von dem gestellten Ab-schluß des Reichstatts für die Gewerks- und Kartonnagen-branche. Die Versammlung ist über das Ergebnis

feineswegs befriedigt. Insbesondere protestiert die Versammlung dagegen, daß veräußert wird, Bohr in die 5. Ortsklasse zu bringen. Die Verammelten erklären, daß sie dies unter keinen Umständen zulassen werden, sondern mit aller Entschiedenheit an der 4. Ortsklasse festhalten."

Die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern über die Frage der Ortsklasseneinstufung wurden bereits aufgenommen. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde vereinbart, daß über diese Frage die Verbandsvorstände entscheiden; falls diese nicht zu einem Resultat kommen, das Reichsarbeitsamt um einen Schiedspruch angegangen werden soll, der dann für beide Teile bindend ist.

München. Der mit dem Verein der Münchener Kartonnagen- und Faltschachtelfabrikanten Anfang März abgeschlossene Tarifvertrag lief am 31. Dezember ab. Während der Tarifdauer fehlen wir mit Wirkung vom 1. Oktober Teuerungszulagen durch. Den Tarifvertrag, der nach Ausgehen des Münchener Fabrikanten Halle den Unternehmern mit Handgranaten und Maschinengeheim abgenommen wurde, kündigten wir rechtzeitig zum 1. Januar und reichten als Forderung den Entwurf zu einem Reichstaxi für die Kartonnagenbranche mit einigen Änderungen in seinen allgemeinen Bestimmungen ein. Die Lohnforderung wurde entsprechend der sorgfältigen Teuerung höher eingereicht. Bei der folgenden Verhandlung erklärten die Unternehmer, einen neuen Tarif östlich nicht schaffen zu können, da ja der Reichstaxi für die allernächste Zeit kommen müsse. Unter der Voraussetzung, daß der bisherige Tarifvertrag verlängert werde, seien sie bereit, eine Teuerungszulage zu gewähren. Diese Bemerkung fand ihren Abschluß dahingehend, daß der bisherige Tarif verlängert wurde und neue Teuerungszulagen bezahlt wurden. Die von unserer Seite gestellte Bedingung vierwöchiger Kündigung wurde angenommen. Die außerordentliche Prot- und Kartoffelzulage, wie sie im Bundesgesetz vereinbart wurde, setzten wir mit Wirkung vom 1. Januar durch. Gewissermaßen durch die Zeitverhältnisse (der Reichstaxi in weiter Ferne, enorme Steigerung aller Verbrauchsartikel) wurde der verlängerte Tarif mit allen Zulagen zum 1. April gekündigt. Als Forderung stellte die Münchener Kartonnagenarbeiterschaft eine 30prozentige Erhöhung des zurzeit bestehenden Gehaltsverdienstes unter Fortbestand der Prot- und Kartoffelzulage und Schaffung eines Tarifvertrages auf Grund des Reichstaxi-Vertrages ein. Unser Schreiben, Antwort bis 15. März, ignorierten die Unternehmer und begnügten sich erst nach einem weiteren Schreiben, das in Form eines Ultimatum gehalten war, Antwort zu geben. Die in der Antwort klar zum Ausdruck gekommene Ablehnung drückender Verhandlung beanwortete die Kartonnagenarbeiterschaft mit einem Ultimatum, das am 25. März an die Unternehmer abging und worin bis zum Abend desselben Tages verlangt wurde, ob im Laufe des 26. März Verhandlungen stattfinden oder nicht. Das Ultimatum verfehlte seinen Zweck nicht, wir kamen am 26. März zur Verhandlung. So an den Verhandlungstisch gezwungen, erklärten die Unternehmer, nur ein Provisorium bis zum Zutritttreten des Reichstaxi eingehen zu können. Das Angebot der Unternehmer, 25 Proz. für die im Accord und 30 Proz. für die im Heilohn Beschäftigten auf die bestehenden Löhne zu gewähren zu wollen, wurde unterhalb als ungenügend abgelehnt. Da ein weiteres Resultat nicht zu erzielen war, wurde am Abend des 26. März der Münchener Kartonnagenarbeiterschaft das Resultat der Verhandlung in objektiver Weise unterbreitet. Das Resultat der mittels Stimmzettel vorgenommenen Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Unternehmerangebots folgendes Resultat: Für Ablehnung 411, für Annahme 6.

Die Annahme des Schlichtungsausschusses am Demobilisationsamt war zwecklos, weil sich die Unternehmer weigerten, dort zu erscheinen. Die Stimmung in der Kartonnagenarbeiterschaft erhellend, sehen wir die Unternehmer wissen, daß wenn nicht ein weiteres Zugeständnis erfolgt, wir die Folgen ablehnen müssen. Der Unternehmervertreter legte bei dieser Mitteilung eine Gleichgültigkeit an den Tag, die kaum echt sein konnte. Am Abend des 29. März wurde der Kollegenrat Bericht über die Situation erstattet und darauf hingewiesen, daß wenn ein Streik unvermeidlich werden sollte, vor dem 1. April nicht in den Streik getreten werden könne, weil wir tariflich bis dahin gebunden. Die Versammlung beschloß trotzdem am kommenden Tag, Dienstag, den 30. März, die Arbeit nicht mehr aufzunehmen, bis die Forderung bewilligt sei. Der somit beschlossene Streik in der Münchener Kartonnagenindustrie, an dem rund 500 reißlos bei uns organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind, setzte sodann am 30. März mit voller Kraft ein. Nach Verlauf des ersten Streiktages konnte die reißlose Zahlung der Kartonnagenindustrie

am Ort gebucht werden. Die bei Beginn und bis zum Schluß des Streiks befundene Disziplin der Münchener Kartonnagenarbeiterschaft ist um so höher anzuschlagen, als es zum großen Teil jung organisierte Leute sind. Die Herren Fabrikanten, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit erklärten, unsere Leute streiken nicht, oder unsere Leute sind nicht so radikal, mußten erleben, daß die junge Organisation wirklich geschlossen hinter dem Verband und ihren Führern steht. Wohl eine bittere Enttäuschung, aber eine wohlverdiente. Der so zu den schönsten Hoffnungen berechtigende Streik mußte jedoch nach fünfzigiger Dauer vorläufig abgebrochen werden, da durch die unterdessen zentral geführten Verhandlungen zwischen dem benannten Kartonnagenfabrikanten-Verein und unserem Hauptverband bis zum Abschluß des Reichstaxi für München 10 Proz. auf die zurzeit bestehenden Löhne beschlossen wurde. Daß ein solcher Abschluß gelöst werden konnte, auch für Orte, die noch freie Hand hatten, ist uns ein Rätsel. Eine Entschuldigung kann nur darin gefunden werden, daß durch die Unmöglichkeit der Verständigung hervorgerufen durch die politische Lage, der Verbandsvorstand nicht unterrichtet war, was in München schon bewilligt war und weil so wenig angeboten, der Streik geführt wurde. Nachdem wir hier 25 Proz. bzw. 30 Proz. ohne Streik zugesagt erhalten hatten, traf uns die Mitteilung des Verbandsvorstandes, daß zumal die beste Aussicht bestand, dem profitierenderen Unternehmertum bedeutend mehr abzurufen. Nachdem nun die Unternehmer an uns herantreten (sie mußten von dem zentralen Abschluß) und erklärten, wenn am Dienstag nach Ostern die Arbeit wieder reißlos aufgenommen werde, so seien sie bereit, die angestrebten 25 bzw. 30 Proz. nach wie vor zu bezahlen und ein eventuelles höheres Resultat, das durch den Reichstaxi geschaffen werden sollte, ab 1. April nachzugeben, beschloß die Streikverammlung am 3. April unter der Gegenbedingung, daß Maßnahmen irgendwelcher Art nicht vorkommen dürfen, den vorläufigen Streikabbruch. Die Arbeiterschaft erklärte aber auch gleichzeitig, sofort den Kampf wieder aufzunehmen, wenn nicht durch den Reichstaxi bedeutend höhere Löhne erzielt werden. Mit Ausnahme von zwei kleineren Betrieben, die nur einen Teil ihrer Leute wieder einstellten, mit dem Hinweis auf Materialmangel und Arbeitsmangel, wurde die Arbeit am 6. April wieder aufgenommen. Die Brut der Münchener Fabrikanten richtet sich, nachdem der Streik sah, gegen den Brandenburger Kollegen Müller.

Nachspiel des Streiks: Weigerung der Unternehmer, mit Müller oder in dessen Beisein zu verhandeln. Veleidigungslage des Herrn Menhofer, Inhaber der Firma Rink u. Oberhardt, gegen den Brandenburger. Die mit einer Rechtfertigung sondergleichen eingereichte Veleidigungslage wird ein ganz anderes Resultat zutage fördern als das von den Unternehmern gewollte. Zu der Ablehnung des Brandenleiters durch die Unternehmer nahm eine auf Montag, den 12. April, einberufene Versammlung Stellung. In dieser Versammlung sprach die Kartonnagenarbeiterschaft ihrem Brandenleiter erneut einstimmig ihr Vertrauen aus. Das Ansehen der Unternehmer, ihnen angenehme Vertreter der Arbeiterschaft zu gewähren, wurde von der Arbeiterschaft in nicht mißzuverstehender Weise zurückgewiesen. Die Arbeiterschaft bestimmt ihre Vertrauensleute selbst. Die Tätigkeit des Brandenleiters wird sich nach wie vor so gestalten, wie es die Interessen der Kollegenchaft erfordern, unbeeinträchtigt um das Bewußt der Unternehmer. Mit dem Moment, wo alle Fabrikanten am Ort den tariflich festgelegten Verpflichtungen nachkommen und gegenüber dem Vertreter der Münchener Kartonnagenarbeiterschaft jenes Maß von anständiger Behandlung gewährleisten, wird auch von unserer Seite anders gehandelt werden können.

Solange aber in den Reihen der Münchener Fabrikanten Leute sind, die Tarifbruch auf Tarifbruch begehren dadurch, daß man in der Frage der Entlohnung tut was man will, gibt es keine Möglichkeit, von der Bekämpfung, und zwar mit allen erlaubten Mitteln, abzusehen.

Donnerst. Am 16. April fand unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörterte der Vorsitzende den Rapp-Ruß. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß alle Kollegen und Kolleginnen einmütig in den Generalstreik eingetreten waren. Der Bericht über die Teuerungszulage konnte zur Befriedigung der Mitglieder gegeben werden. Die in Kartonnagen-geschäft Verming arbeitenden Kolleginnen bewerteten sich über das häufige Aussehen der Arbeit. Der Vorstand soll dagegen vorgehen. Da Osnabrück jetzt eine Poststelle geworden ist, sollte ein neuer Vorstand gewählt werden. Die Versammlung äußerte sich dahin, daß gegen den alten Vorstand nichts einzuwenden wäre und derselbe die Geschäfte weiter versehen möchte. Gegen ein Flugblatt der

Buchdrucker bei der letzten Streikbewegung, in dem die Behauptung aufgestellt war, daß die Buchbinder als Berufsgruppe viel höhere Löhne erhielten als diese, wurde energisch protestiert. Zu Klassenverfahren wurden Griebl und Braun gewählt, als Kartell delegierter Sprünge. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Mitglieder den Appell, fest zusammenzuhalten trotz der kleinen Beitragsverhöhung, denn bei dieser ersten Zeit könnte nur durch einmütiges Zusammengehen im Verband etwas erzielt werden.

Abrechnungen

Table with 2 columns: Name and Amount. Lists various members and their contributions for the 1st quarter 1920.

Abrechnung

vom Streik der in Buchdruckereien und Geschäftsbücherfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin.

Table with 2 columns: Category and Amount. Shows income and expenses for the Berlin strike.

Abrechnung

vom Streik der Werkstoffe Meser, Berlin.

Table with 2 columns: Category and Amount. Shows income and expenses for the Meser strike.

Berlin, den 21. Februar 1920.

Franz Optomski, Kassierer. Otto Hill, Dr. Wärgel, Revisoren

Abrechnung

vom Streik in Offen, Reitwig, Steels, Werden, Vottrup.

Table with 2 columns: Category and Amount. Shows income and expenses for the Offen strike.

Offen, den 18. April 1920.

August DeLange, Kassierer. Max Dantke, Revisor. Ludw. Raft, "

Elterliches.

Eisners Betriebsbücherei: 8. Band: Betriebsrätegesetz nebst Wahlordnung und amtlichen Musterform. Erläuterung und mit einem Sachverzeichnis versehen von Justizrat Heinrich Brandt von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Preis gebunden 13,50 M. und 10 Proz. Feuerungszuschlag.

Mit Ausland zum Aufbau und zur Freiheit. Ein Ruf an das deutsche Volk und seine Arbeiter. Von Otto Verb, Sekretär der deutschen Arbeiterräte in St. Petersburg. Herausgegeben von „Aufbau und Werden“, Gesellschaft für praktische Volksaufklärung. „Der Firm“ Verlag, Berlin W. 67. Preis 1 M.

Inhaltsverzeichnis:

An die Arbeiter der Welt! Auf zur Maidemonstration!
 Unsere Reichstarife I.
 Ortsklassenverzeichnis zum Reichstarif für die Kartonnagenbranche.
 Kampf gegen die Reaktion.
 Die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1920.
 Gegen die Besteuerung von Gewerkschaftsbeiträgen.
 Die Jugendfrage.
 Die Not der Kollegen in Kleinbetrieben.
 Die Kartonnagen in der Zigarettenindustrie.

Aus unserm Beruf: Unternehmerrögen — Zur ippungsbaffen Erhöhung der Materialpreise — Ausübungsverbot für buchgewerbliche Erzeugnisse — Die Grusfabrikation — Der Verband deutscher Buchbindermeister — Die Lokalfranken- und Sterbefälle der Buchbinder in Stuttgart — Kolonisierte Wälder.

Berichte: Breg — Berlin — Hamburg-Altona — Lehr — München — Danabrid.
 Abrechnungen.
 Abrechnungen von Streiks in Berlin und Offen.
 Literarisches.
 Inhaltsverzeichnis.
 Anzeigen.

Zahlstelle München.
 Der Kollegenchaft die traurige Nachricht, daß im Laufe des 1. Quartals folgende Mitglieder verschieden sind:
Hlois Grahamer, Fanny Königsbaur, Elise Zacherl, Kreszenz Eder.
 Den Heimgegangenen werden wir ein dauerndes Andenken bewahren.
 Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Würzburg.
 Am 20. April verschied unser lieber Kollege Buchb.-Hilfsarbeiter **Valentin Rosel.**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Zahlst. Hamburg-Altona.
 Am 24. April verstarb unser langjähriges Mitglied **Frieda Gerken.**
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Am 24. April verstarb unsere langjährige, liebe Mitarbeiterin **Frieda Gerken.**
 Wir werden der Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
 Buchbinderpersonal der Verlagsgesellschaft „Deutsch. Konsumvereine“ G. m. b. H. Hamburg 5.

Achtung! Kollegen!
 Ständige Mitarbeiter (nicht literarisch), auch in den kleinsten Orten, sucht gegen gute Vergütung
 Verlag für Unterhaltung und Ausstattung, Dessau, Postfach.

1 tadellos erhaltene Schneidemaschine
 65 cm Schnittlänge, zwei Messer ohne Sperreinstellung
1 Stockpresse
 32x42 cm, preiswert abzugeben.
 Angebote unter J. N. 1695 an Rudolf Woffe, Berlin SW. 19.

Wappschere
 Papiersehne, Drahtstift, Perforiermaschine gesucht. Offerten mit Angabe von Preis und Fabrikat an **L. Loeffler, Berlin-Schlachtensee, Augustastr. 7.**
Musikinstrumente aller Art, Harmonikas, Mandolin, Geigen, Lauten, Zithern, Sprechmaschinen, usw. gut u. preiswert. Preisf. frel.
M. Dörfler, Allgenthal I. 5. Nr. 51.

Zahlstelle Berlin
 Mittwoch, den 5. Mai 1920, nachmittags 1/25 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelafer 15:
Generalversammlung
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht 1919. 2. Neuwahl der Gesamtverwaltung. 3. Verschiedenes.
 Zutritt nur für Delegierte. Die Ortsverwaltung.

Heftgaze
 Ia Qualität (Baumwolle) in größeren und kleineren Posten lieferbar. Gesl. Angebote an **H. Klein, Berlin SO. 16, Schmidstr. 7.**

TAFELLEIM
 Wo bisher Tafelleim (Knochenleim, Lederleim) gebraucht wurde, verwenden Sie jetzt unseren „Veimeextrakt“: bezugscheinfrei; Anwendung und Bindekraft wie bei Tafelleim; haltbar, warm zu verarbeiten, kein minderwertiger Ersatz. Verlangen Sie Anerkennungs schreiben. Preis zurzeit 21,— M. p. kg ab Fabrik. Probestafete von 4 1/2 kg unter Nachnahme zu Diensten
Mehler & Co., Chem. Fabrik, Mannheim, Industriehofen
 Tel. 1875 Teleg.-Adr. Mehlerwerk

Unsern lieben Kollegen **Gottlieb Traub** sowie seiner lieb. Frau, Koll. **Marie Gaffeln**, der **Zweinstelle Boll**, ferner unsern lieben Kollegen **Anton Knödler** sowie seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Göppingen.

Unserer lieben Kollegin **Helene Jansen** nebst Herrn **Johann Esser** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Köln.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.
 Die Ausschussmitglieder der Ortskrankenkasse der Buchbinder werden hiermit zu der am Dienstag, den 11. Mai 1920, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, stattfindenden **ordentlichen Ausschusssitzung** eingeladen.
 Tagesordnung: 1. Protokollverlesung. 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1919. 3. Satzungsänderung der §§ 1, 2, 4, 9, 10, 13, 14, 19, 32, 47, 57, 61, 75 u. 80. 4. Änderung der Dienstordnung. 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.
 R. Gottesmann, Vors., Fr. Keefe, Schriftf.
Wertmeister-Kartonnagen
 speziell für Apotheken-, Automaten- und Bijouterie-Kartonnagen fürs Ausland gesucht. Offerten an **L. Loeffler, Berlin-Schlachtensee, Augustastr. 7.**

Grau Moleskin
 80/82 cm breit, liefert billigst
F. Brandt Jr., Jüchen (Rheinland) 15.

glatt 50% billiger



Türkenpascha Zigarettenmaschinen
 D.R.G.M.
 und besser rauchen Sie (immer frisch), wenn Sie sich die Zigaretten mit dem Türkenpascha selbst machen. Absolut der beste und billigste Handzigarettenmacher für alle Zigaretten ohne Mundstück, dick und dünne. Klein, bequem, solid, verlässlich, spielend leicht zu handhaben, macht sich täglich bezahlt. Solange vorräthig Stück 2,50 M., einschl. Porto usw. bei Voreinsendung auf Postcheckkonto Nr. 18446 Frankfurt (Main). Falls Nachnahme erwünscht 25 Pf. mehr. Angebot in Zigaretten, tabak und Papierbüchel auf Wunsch.
Hauptdepot: J. Günzburger, Frankfurt (Main), Battonnstraße 4.